



Protokoll des Einwohnerrats

XI. Legislaturperiode 2012–2016

18. Sitzung vom 25. August 2014

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00–22.10 Uhr

Leitung: Rahel Bänziger

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: R. Moll, M. Rehmann, Ph. Spitz

Präsidentin:

Rahel Bänziger

Protokoll:

Sandra Sprecher

Antrittsrede der Präsidentin:

Rahel Bänziger begrüsst die Anwesenden und erzählt anlässlich ihrer ersten Sitzung von der Tatsache, dass alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die wie sie an der Langegasse 47 wohnen, einmal das Einwohnerratspräsidium inne hatten: Traude Rehmann, Willy Rehmann und sie selbst.

Während ihres Amtsjahres möchte Rahel Bänziger vor allem folgende Themen einbringen:

1. Vertrauen in ein gutes Funktionieren des Gemeinwesens – im Generellen und puncto Effizienz und Effektivität, beginnend mit dem Einwohnerrat.
2. Nachhaltigkeit.

Dies sind zwei Ziele, die erreichbar sind. Sie würde sich niemals das Ziel anmassen, sich des offensichtlichen Vertrauensverlustes in die Binniger Politik anzunehmen. Dies gehört auch nicht zu ihren Aufgaben. Vertrauen in die Politik bedingt ein gutes Funktionieren des Gemeinwesens und der Institutionen. Hier sind die Mitglieder des Einwohnerrates wie auch des Gemeinderates „vorleistungspflichtig“. Namentlich auch im Verhalten gegen Aussen. Die Präsidentin will folgende Akzente setzen: Faire Leitung der Einwohnerratssitzungen. Dabei ist ihr Ziel, dies effizient und speditiv zu machen. Sie geht gleich mit gutem Vorbild voran und hält eine bedeutend kürzere Eintrittsrede als geplant.

Eine Effizienzsteigerung verlangt die Mitwirkung des ganzen Rats. Zum Beispiel ist die Eintretensdebatte von der Detailberatung klarer zu trennen. Beim Eintreten geht es um die Frage, ob dem Geschäft grundsätzlich zugestimmt wird, ob es zurückgewiesen oder gar nicht erst darauf eingetreten wird. In der Detailberatung ist Platz für allfällige Anträge und Fragen an den Gemeinderat oder die Verwaltung. Wenn sich der Rat an diese Trennung hält, kann bereits viel an Effizienzsteigerung gewonnen werden.

Eine enorme Verkürzung der Diskussionsdauer kann durch kurze, prägnante Voten erreicht werden. Dabei sind Wiederholungen und juristische Paragraphengefechte zu vermeiden.

Rahel Bänziger wird ihr Augenmerk insbesondere auf die Zeitlimate richten: Fünf Minuten für die Fraktionssprecher/innen und je zwei Minuten für die weiteren Redner/innen, und wird sich erlauben, allenfalls auf Zeitüberschreitungen aufmerksam zu machen.

Das letzte Anliegen der Präsidentin betrifft den Umgang miteinander. Klar und konsequent in den Sachdiskussionen, doch bitte in respektvollen Worten und höflichem Ton unter- und übereinander. Dies nicht nur während der Debatte im Rat, sondern auch ausserhalb des Saales im Gespräch mit anderen und der Presse.

Die Rednerin bedankt sich nochmals für das Vertrauen und freut sich auf die Herausforderungen des Amtsjahres und die Zusammenarbeit mit den Rät/innen.

Mitteilungen

Es haben sich Meret Rehmann, Roger Moll und Philippe Spitz entschuldigt.

Somit sind 37 Einwohnerrätinnen und -räte anwesend. Absolutes Mehr: 19; Qualifiziertes Mehr: 25.

Das ER-Büro schlägt folgende Änderungen der Traktandenliste vor:

Es sind zusätzliche Ersatzwahlen in den beiden ständigen Kommissionen vorzunehmen. Diese sollen unter Traktandum 2 abgehandelt werden.

Das Fondsreglement soll vorverschoben werden, da es dringend verabschiedet werden muss, damit es wie geplant in Kraft gesetzt werden kann.

Da Meret Rehmann abwesend ist, schlägt das Büro vor, Traktandum 13 abzusetzen.

Die vorgeschlagenen Änderungen werden vom Rat gutgeheissen.

Weiter beschloss das Büro, einen Reservetermin für eine zusätzliche ER-Sitzung am 9. Februar 2015 festzulegen. Die Sitzung wird nur wenn nötig durchgeführt.

In Anbetracht der zahlreichen verschobenen Geschäfte beschloss das Büro, den Sitzungsbeginn für alle ER-Sitzungen bis Ende Jahr auf 19.00 Uhr festzulegen.

Von Christoph Anliker wurde eine Dringliche Motion eingereicht. Für die Dringlichkeit und die damit verbundene Behandlung des Vorstosses an der heutigen Sitzung, braucht es ein qualifiziertes Mehr.

Christoph Anliker, SVP, weist zuerst darauf hin, dass der Titel „Aufnahme von neuem Anhang in den Voranschlag und die Rechnung“ heissen muss. Die Dringlichkeit ergibt sich für ihn, weil er diesen Anhang gerne im VA 2015 hätte und so der GR noch genügend Zeit hätte, dies entsprechend aufzubereiten.

Gaida Löhr: Die SP erachtet die Dringlichkeit als unnötig und ist der Auffassung, dass die GRPK dem Gemeinderat den Auftrag geben kann, diesen Anhang ins Budget 2015 aufzunehmen. Für weitere Budgets ist die Fraktion der Meinung, dass in Ruhe überlegt werden muss, ob das Budget, das momentan verschlankt wird, wieder verlängert werden soll. Diese Entscheidung soll nicht auf die Schnelle gemacht werden.

Gemeindepräsident Mike Keller: Die geforderte Liste ist bereits existent und die GRPK kann sie jederzeit einsehen (sie wird laufend nachgeführt).

ABSTIMMUNG Dringlichkeit stattgeben

Ja: 17 / Nein: 15 / Enthaltungen: 4

Das qualifizierte Mehr ist nicht erreicht.

://: Der Dringlichkeit der Motion wird nicht stattgegeben.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 30.6.2014	
2. Ersatzwahl eines Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016	127
3. Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission vom 11.8.2014: Haushaltsüberprüfung (HÜP) Geschäftskreisführung: Mike Keller	112
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.6.2014: Fondsreglement Erneuerbare Energien, 2. Lesung Geschäftskreisführung: Mirjam Schmidli	87
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.6.2014: Feuerwehr: Revision Reglement Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	111
6. Bericht der Bau- und Planungskommission vom 24.6.2014: Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 1,195 Mio. für Strassenkorrekturen im Gebiet Dorenbach Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos	108
7. Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission vom 11.8.2014: Bewilligung eines Nachtragskredits von CHF 0,27 Mio. für das Globalbudget Produktgruppe 8 Verkehr, Strassen Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos	109
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.5.2014: Rückständebericht 2014 Geschäftskreisführung: Mike Keller	115
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.5.2014: Motion GRPK: Abschaffung WoV: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung Geschäftskreisführung: Mike Keller	101
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.5.2014: Postulat S. Inäbnit, FDP: Einsitznahme von Exekutivmitgliedern und Verwaltungsangehörigen in Institutionen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung Geschäftskreisführung: Mike Keller	97
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.5.2014: Interpellation D. Zimmermann, FDP: Senkung der TV-Empfangsgebühren Kabelnetz InterGGA Binningen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos	99
12. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.5.2014: Postulat R. Bänziger, Grüne/EVP: Urban Farming in Binningen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos	102
13. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.7.2014: Postulat M. Rehmann/G. Löhr, Grüne/EVP/SP: Fortsetzung des Unterrichtsangebots an der Musikschule nach Abschluss der Sekundarstufe II: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	66

14. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.7.2014:

**Postulat FDP: Schwachstellenanalyse (Einbruch- und Gewaltdelikte): Stellungnahme
des Gemeinderats betreffend Überweisung**

118

Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger

15. Diversa

Genehmigung des Protokolls vom 30.6.2014

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 127

Ersatzwahlen für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016

STILLE WAHL

2.a Ersatzwahl von Mitgliedern in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2014

://: Für die restliche Amtsperiode werden Simone Abt, SP, Bettina Benthous, SP, und Urs Brunner, SVP, in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

2.b Ersatzwahl von Ersatzmitgliedern in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2014

://: Für die restliche Amtsperiode werden Gabriela Vetsch, SP, Lucas Metzger, CVP/GLP, und Jürg Blaser, SVP, in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

2.c Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds in die Bau- und Planungskommission

für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2014

://: Für die restliche Amtsperiode wird Silvia Winkelmann, CVP/GLP, in die Bau- und Planungskommission gewählt.

Rahel Bänziger begrüsst Lucas Metzger, der Patrizia Scaioli im Rat ersetzt.

Traktandum 3

Nr. 87

Fondsreglement Erneuerbare Energie, 2. Lesung

DETAILBERATUNG

§ 7 Thermische Solaranlagen

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: In der 1. Lesung wurde der Einbezug von Photovoltaikanlagen, bzw. die seit 1.1. geltende Einmalvergütung für kleinere Anlagen, diskutiert. Die Fraktion stellt den Antrag, dass diese und die Photovoltaikanlagen im § 7 miteinbezogen werden. Im gleichen Paragraphen würde unter Abschnitt 2 folgender Text stehen: „*Der Bau einer Photovoltaikanlage wird finanziell unterstützt, wenn die Anlage die Kriterien des Bundes erfüllt und die Einmalvergütung der Swissgrid für Anlagen bis 9,99kWp erhält. Unterstützungen für Anlagen, welche unter die Bestimmungen der Kostendeckenden Einspeisevergütung KEV fallen, sind ausgenommen.*“

Die Einwohnerrät/innen erhielten von B. Büschlen vorgängig die Begründungen und ergänzende Unterlagen. Somit erübrigen sich weitere Erklärungen.

Christoph Maier: Die FDP teilte bereits in der letzten Sitzung mit, dass sie eine Konzentration auf das Wesentliche anstrebt. D.h. dort Subventionen zu ermöglichen, wo sie effizient eine Wirkung erzielen. Der vorliegende Antrag ist nicht nur eine Ausweitung der bereits vorgeschlagenen Massnahmen, sondern eine Erweiterung der im Baselbieter Energiepaket enthaltenen Massnahmen. Grundsätzlich beschäftigt sich das Baselbieter Energiepaket mit der Einsparung von Energie, währenddem auf Bundesebene die Förderung der Herstellung von Energie (Fotovoltaik, Wind etc.) geregelt wird. Nach Ansicht des Redners ist diese Aufgabentrennung richtig und er lehnt einen Durchbruch dieser Systeme auf Gemeindeebene ab. Abgesehen davon widerspricht diese Forderung dem effizienten Einsatz der Mittel.

Alexander Huber: Die CVP/GLP-Fraktion unterstützt den Antrag von Beatrice Büschlen. Ihr ist nicht klar, warum die Photovoltaik nicht gleich behandelt werden soll wie die anderen nachhaltigen Energien. Bei Anlagen bis 9,99kW gibt es keine Einmalvergütung und man kann nicht auswählen, erhält auch keine Einspeisevergütung. Daher geht es relativ lange, bis derartige Anlagen amortisiert sind.

Was die Nachhaltigkeit betrifft, ist zu sagen, dass der CO₂-Fussdruck von Solarzellen ca. 10-mal niedriger ist als bei einem Kraftwerkmix der heutigen Kraftwerke (nur 50 g pro kW anstelle von 500 g). Sie sind also sehr effizient. Mit den heutigen Siliziumanlagen gibt es einen Payback der Energie, die reingesteckt wird um sie herzustellen. Innerhalb eines Jahres sind sie amortisiert, bei älteren Anlagen dauert es drei Jahre. Die Lebensdauer wird vom Hersteller mit 25 Jahren angegeben, 30 Jahre sind jedoch keine Seltenheit. Die CVP/GLP wünscht sich die Förderung dieser Energie in der Gemeinde. Insbesondere für Leute mit kleineren Dächern, die sich eine solche Anlage nicht so nebenbei leisten können, fehlt diese Lenkung.

Beatrix Bürgin, SVP: Ihre Fraktion unterstützt die Anträge der Grüne/EVP nicht, da sie der Meinung ist, dass mit Subventionen keine Geschäfte gemacht werden sollen.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Die Aufgabenteilung Bund/Kantone was Strom betrifft, hat folgenden Grund: Der Bund will, dass die ganze Lenkung des Stroms, Import/Export, beim Bund ist. Das heisst aber nicht per se, dass zusätzliche Unterstützungen nicht bezahlt werden. Wenn der Bund sich nun bei den kleinen Anlagen rausnimmt, ist dies eine Lenkung zu den grossen Anlagen hin, die dem KEV unterstellt sind. Die kleinen Anlagen sind nicht interessant für ihn, weil sie sich nicht mehr amortisieren.

Ein paar Zahlen: B. Büschlens Anlage produzierte im 2013 7,5 Megawattstunden (schlechtes Jahr), in diesem Jahr sind es bereits 6 MWh. Es lohnt sich also, eine qualitativ gute Anlage anzuschaffen. Diese sind nicht günstig, was bedeutet, dass sie sich gar nicht amortisieren. Zudem produzierte besagte Anlage nicht nur Strom, sondern vermied 11,2 Tonnen CO₂-Emissionen.

Der Antrag ist keine Ausweitung von Subventionen, sondern eine Unterstützung. Ansonsten müsste man das gleiche bezüglich Luft-/Wärmepumpen, thermischen Anlagen usw. erzählen. Es sind also unterschiedliche Dinge, die man so nicht vermischen kann. Das soll aber nicht heissen, dass kleine Anlagen, die jetzt nur eine Einmalvergütung erhalten, nicht unterstützt werden sollen.

Pascal Treuthardt, FDP: Jetzt sollen auch Solarzellen, die Strom produzieren, gefördert werden. Ursprünglich dachte er, das würde der Gemeinde mittels einer Anlage auf dem Garderobengebäude vor-enthalten. Wenn dies nun für Private geöffnet wird, mag es rechtens sein. Das Positive daran ist, dass es an eine höher gestellte Verordnung des Bundes geknüpft ist und die Gemeinde keinen Spezialisten

braucht. Der Fonds dürfte damit schneller leer sein. „Wer hat, dem wird gegeben“ trifft für das ganze Reglement zu. Man muss ja nicht nur ein Gebäude in Binningen besitzen, sondern auch noch das Geld haben, um in eine solche Anlage investieren zu können. Dass die Steuergelder nur einer ganz kleinen Gruppe zugutekommen, wird mit dieser Zahlung weiter ausgeweitet. Da das Ganze ökologisch und angeblich nachhaltig ist, kann man geteilter Meinung sein.

Gemeinderätin Mirjam Schmidli: 1. Es wurde die Subsidiarität berücksichtigt, das heisst, der Bund fördert die Stromproduktion, der Kanton explizit nicht. 2. Man lehnte sich ans Baselbieter Energiepaket an, um den Verwaltungsaufwand möglichst gering zu halten. 3. Die Stossrichtung bei der Auswahl der Massnahmen ist im Bereich Wärmedämmung und -effizienz, weil in diesem Bereich am meisten nicht erneuerbare Energie eingespart werden kann.

Der Vorschlag der Grüne/EVP-Fraktion überzeugt von der Praktikabilität indem die Förderung nur ausgesprochen wird, wenn die Förderung von der Swissgrid über eine Einmalvergütung vorliegt. Somit hält sich der administrative Aufwand in Grenzen. Der einmalige Beitrag an eine solche Anlage würde von ca. 30 Prozent auf knapp 40 Prozent steigen. Das erhöht den Anreiz, eine kleine Anlage auf dem Dach zu installieren. Die Systematik würde ein wenig ausgeweitet, doch ist dies so machbar.

ABSTIMMUNG Antrag Grüne/EVP zum § 7

Ja: 19 / Nein: 15 / Enthaltungen: 2

§ 14 Höhe der Beiträge

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Nachdem ihr Antrag angenommen wurde, muss die Höhe der Beiträge noch eingefügt werden – entweder unter „Thermische Solaranlagen“ oder separat.

FDP: Stefan Kaiser ersucht den Einwohnerrat auf seinen Entscheid der letzten Sitzung zurückzukommen. Damit es eine klare Trennung von Reglement und Verordnung gibt, bittet er darum, dass man sich an den GR-Vorschlag hält und die Tabelle wieder aus dem Reglement nimmt. Man ist viel flexibler, wenn eine Tabelle mit ausgerichteten Sätzen in einer Verordnung geregelt ist, da man sie einfacher anpassen kann, wenn sich auf Kantonsebene etwas ändert, das die Gemeinde nachvollziehen muss. So kann sich Binningen eine Reglementsrevision sparen.

Gemeinderätin Mirjam Schmidli: Das Energiegesetz ist momentan in der Vernehmlassung und es wird bestimmt noch Änderungen geben. Um die Flexibilität aufrecht zu erhalten, stellt der Gemeinderat denselben Antrag wie die FDP.

CVP/GLP: Alexander Huber wiederholt, dass seine Fraktion die Beiträge im Reglement aufgeführt wünscht.

Severin Brenneisen: Die SP unterstützt den Antrag, der die Beiträge in der Verordnung will.

Rahel Bänziger verliert den Antrag des Gemeinderats, da ihr kein schriftlicher Antrag der FDP vorliegt: „Der Gemeinderat stellt dem Einwohnerrat den Antrag, dass die Höhe der Förderbeiträge in der Verordnung des Gemeinderates festgehalten ist. Damit lautet § 14, Höhe der Beiträge, wie folgt: „Die Höhe der Förderbeiträge ist in der Verordnung des Gemeinderates festgehalten.“

ABSTIMMUNG

Ja: 24 / Nein: 14 / Enthaltungen: 2

§19 Berichterstattungspflicht

Gemeinderätin Mirjam Schmidli: Der GR stellt den Antrag, § 19 ersatzlos zu streichen. Mit der Rechnung wird sowieso berichtet, was mit solchen Reglementen passiert und die GRPK hat jederzeit Einsicht in die Details. Deshalb erachtet es der GR als überflüssig, eine Extra-Vorlage zu erstellen; dies auch im Hinblick auf den Verwaltungsaufwand.

Gabriela Vetsch, SP: Es geht hier um 2,5 Millionen und der Einwohnerrat hat ein Anrecht zu wissen, was mit dem Geld passiert. Da es sich um einen neuen Fonds handelt ist es sinnvoll, in zwei Jahren zu erfahren, was mit dem Geld passiert ist.

ABSTIMMUNG § 19, Antrag des GR zur ersatzlosen Streichung des Paragraphen
Grossmehrheitlich abgelehnt.

SCHLUSSABSTIMMUNG Fondsreglement Erneuerbare Energie
Grossmehrheitlich angenommen.

BESCHLUSS

://: 1. Das Fondsreglement erneuerbare Energien wird beschlossen.
2. Von der Verordnung wird Kenntnis genommen.
3. Der Gemeinderat wird zwei Jahre nach Inkraftsetzung des Fondsreglements dem Einwohnerrat Bericht erstatten.

Traktandum 4

Nr. 112

Haushaltsüberprüfung (HÜP)

Die Präsidentin zum gewünschten Vorgehen:

Bitte um kurzes Eintreten, da auf dieses Geschäft bereits eingetreten wurde.

Die einzelnen Punkte werden der Reihe nach durchgegangen.

Keine Diskussion bei unbestrittenen Punkten.

Bitte um kurze Voten bei bestrittenen Punkten.

Sofortige Abstimmung über die bestrittenen Punkte.

Eine Erklärung zum Bericht: „Streichung“ bedeutet, dass die Gesamt-GPRK mehrheitlich oder einstimmig dem Kürzungsvorschlag des Gemeinderates zustimmte.

Eduard Rietmann, CVP/GLP: Die Basis der heutigen Diskussion ist das Geschäft 112 vom 26. Mai, d.h. die farbigen A3-Blätter, die aufliegen plus die Beilage S. 1-18 (Massnahmen in Kompetenz des ER).

In der Gemeindeverwaltung beginnt der Budgetprozess vom kommenden Jahr bereits im April/Mai des Vorjahres. Der GR gibt der Verwaltung mit dem Startschuss auch die Schwerpunkte des kommenden Budgets bekannt. Nachdem die beiden letzten Rechnungen mit Verlust abgeschlossen hatten, wies der

GR die Verwaltung an, die im Geschäft 112 aufgeführten Sparmassnahmen (GR01–GR98) und die Vorschläge Massnahmen ER im Budget zu berücksichtigen, sofern dies im 2015 noch möglich ist. Das bedeutet, dass die Anträge des GR nicht ins Budget aufgenommen werden. Eigentlich müsste der ER erst in der Budgetdebatte im Dezember Stellung dazu nehmen, doch sind über 100 Anträge dann nicht zu schaffen. Ergo brachte der GR die Budget-Weisung (an die Verwaltung) dem Einwohnerrat in einem Geschäft zur Kenntnis. Damit die Entscheide des ER noch im Budget berücksichtigt werden können, wurde um eine baldige Stellungnahme gebeten. Der GRPK-Präsident begrüsst dieses Vorgehen und dankt für die grosse Arbeit.

Einzelne Sparvorschläge können nicht im Budget 2015 realisiert werden (Verträge, Leistungsaufträge). Dazu kommen Punkte für die in der kurzen Zeit keine Lösung oder keine gute Lösung gefunden werden konnte.

Zur Systematik des Papiers: Beispiel GR07, Jungbürgerfeier: Der GR führt die CHF 8500 als Sparvorschlag auf, das Geld wurde also nicht ins Budget eingestellt. Die GRPK will den Betrag nicht streichen und beantragt, 8500 Franken als Kostendach wieder ins Budget aufzunehmen und den Betrag einzufrieren. Anders ist es bei GR09, Infoanlässe: Der GR will die CHF 8000 sparen, womit die GRPK einverstanden ist. Stimmt der ER dem heute Abend zu, ist dieses Geld nicht im Budget.

Zur Arbeit der GRPK: An zwei langen Sitzungen ging man die Liste Punkt für Punkt durch. Es gab zum Teil unterschiedliche Mehrheiten und teils wurde den GR-Vorschlägen zugestimmt, teils wurden sie abgelehnt. An der dritten Sitzung nahmen fast alle Gemeinderäte/innen teil und gaben zu einzelnen Punkten weitere Auskunft. Da die Entscheidungen der heutigen Sitzung für den Budgetprozess wichtig sind, wünschte der GR zu den Punkten, die im Budget 2015 berücksichtigt werden können und im ER zu klaren Mehrheiten führen, eine möglichst rasche Antwort. Das zwang die GRPK, während der Sommerferien drei Sitzungen durchzuführen. Dies stiess nicht bei allen Mitgliedern auf Begeisterung. Trotzdem war die GRPK beschlussfähig und E. Rietmann dankt allen, die sich Zeit genommen haben, für den Einsatz.

In der kurzen Zeit war es unmöglich, zu jedem Punkt einen ausführlichen Kommentar zu schreiben. Deshalb wurde die Meinung der GRPK derjenigen des GR in Kurzform gegenübergestellt. Die meisten Punkte von GR01 bis GR98 ergaben klare Mehrheiten. Bei den anderen gibt es heute Abend wahrscheinlich den einen oder anderen Antrag.

Zu den sieben Massnahmen Hallenbad, Gartenbad, Ferienhäuser etc. wurden bereits Beschlüsse gefasst, dazu braucht es heute keine Diskussion mehr. Sie werden wie beschlossen ins Budget eingestellt.

Die HÜP-Massnahmen des Einwohnerrats (S1-S18, Punkt 5 des Berichts) sind teilweise an Verordnungen gebunden. Dort braucht es eine längere Vorlaufzeit. Teilweise sind die Reglemente in Überarbeitung (Bsp. Personalreglement, Vergütungsreglement, Parkraumreglement). Punkte wie die Verkleinerung des Einwohner- oder Gemeinderats fanden in der GRPK keine Zustimmung. Nach Ansicht von E. Rietmann sollten diese Punkte in einem grösseren Rahmen diskutiert und geklärt werden.

Unter Punkt 6 des Berichts sind weitere Sparvorschläge aufgeführt. 6.6. bis 6.9. sind Anträge, die die FDP in der GRPK einbrachte. Die GRPK bringt sie in ihrem Bericht zur Diskussion in den Einwohnerrat.

Zusammenfassung: Grundsätzlich geht es darum, dass die Gemeindeverwaltung den Budgetprozess möglichst nahe dem Willen des Einwohnerrats ausrichtet. Weiter sollen verschiedene Detaildiskussionen vor der Budgetdebatte stattfinden und Fragen bereits jetzt gestellt und in Ruhe abgeklärt werden können. Falls nötig und gewünscht, könnte bereits eine Spezko zu einem Reglement oder einem Geschäft, das in der Pipeline ist, ins Leben gerufen werden. Nicht zuletzt soll dieses Jahr das Budget im Dezember verabschiedet werden können. Sollten zwischen heute und der Budget-Debatte nicht voraussehbare Änderungen eintreten, die weitere Anpassungen erfordern, können diese während der Budget-Beratung eingebracht werden. Das Budget 2015 wird der GRPK wie üblich zur Stellungnahme im Vorfeld

(leider erst in den Herbstferien) zugestellt. Während der GRPK-Beratung können weitere Fragen und Anträge eingebracht werden.

Eduard Rietmann hofft, dass der ER heute möglichst viele Entscheidungen treffen kann. Selbstverständlich ist die GRPK bereit, den einen oder anderen Punkt nochmals aufzugreifen und weitere Abklärungen zu tätigen.

EINTRETEN

Susanna Keller, SVP, bedankt sich bei der GRPK für die Arbeit und den Bericht. Alle Entscheide wurden einstimmig oder mit grosser Mehrheit beschlossen. Die SVP-Fraktion steht einstimmig hinter dem Bericht und wird die Empfehlungen bis auf eine alle annehmen.

Sie findet es schade, dass einige der 98 vom GR vorgeschlagenen Massnahmen keine Sparmassnahmen sondern Budgetkorrekturen sind.

Susanne Tribolet: Für die SP ist die Haushaltüberprüfung kein Vergnügen – KAP ist noch nicht so lange her. Doch auch sie will in Zukunft einen angemessenen Service public und eine hohe Lebensqualität in Binningen. Die Gemeinde soll auch für gute Steuerzahler attraktiv bleiben. Die SP wird Hand bieten, gewisse Auslagen zu reduzieren, da auch sie die vorhandenen Mittel sinnvoll und effizient einsetzen will. Ende Mai wurde die Vorlage an die GRPK überwiesen, doch wurden immerhin sieben Grundsatzentscheide gefällt. Heute steht man ein wenig weiter als im Mai – doch nicht sehr viel. Es gibt ein paar Detailinformationen, doch es bleibt ein fahler Nachgeschmack, wenn der Rotstift angesetzt werden muss ohne dass die Konsequenzen wirklich bekannt sind. Die Fraktion wird etliche Sparmassnahmen mittragen, erwartet auf der Gegenseite aber eine Zusage für eine passende Steuererhöhung, damit Einnahmen und Ausgaben angepasst werden.

Anand Jagtap, Grüne/EVP: Vor ein paar Monaten hat man sich Schritt für Schritt auf den Weg gemacht, um unter hohem Zeitdruck Einsparungen ausfindig zu machen, die den Binninger Haushalt auf der Ausgabenseite verbessern. Die Mai-Sitzung hat eindrücklich gezeigt, dass dies kein einfaches Unterfangen ist. Der Fraktion geht es heute darum, nur reale Einsparungen umzusetzen. Es nützt nichts, nur Dienstleistungsabbau zu betreiben, die Probleme zu verlagern oder kurzfristig in der Prävention zu sparen. Nach der Kommissionsberatung war eine weitere Etappe geschafft, doch ist man keineswegs am Ende angekommen. So muss der GRPK-Bericht gelesen werden. Die Grüne/EVP bedauert, dass die weiteren Sparvorschläge unter Punkt 6 noch nicht diskutiert werden konnten. Die Fraktion forderte bereits in der Mai-Sitzung, dass wichtige laufende Projekte wie Immobilienstrategie oder das Parkraumbewirtschaftungskonzept in HÜP integriert werden. Sie unterstützt, dass diese Projekte prioritär weiterbehandelt und dem Einwohnerrat bald vorgelegt werden. Die GRPK beurteilte jeden einzelnen Punkt unter dem Gesichtspunkt des Sinns und der Nachhaltigkeit. Es entstand ein Kompromisswerk, das die Grüne/EVP grundsätzlich mitträgt.

Silvia Bräutigam: Die CVP/GLP-Fraktion bedankt sich bei der GRPK für den Bericht. Sie unterstützt die Sparvorschläge, wird sich aber eventuell bei einigen Punkten noch äussern.

Christoph Maier, FDP: Auch seine Fraktion bedankt sich für die ausführliche und intensive Behandlung des Geschäfts. Das Paket, das dabei heraus kam, stellt auch für sie an verschiedenen Stellen einen Kompromiss dar. Christoph Maier warnt davor, den erzielten Kompromiss wieder aufzuschnüren und bei den Punkten, die einem vielleicht nicht so ganz passen, das Rad wieder zurückzuschrauben. Der Redner findet es schade, dass sich die GRPK zu wenig mit den Vorschlägen unter Punkt 6 beschäftigen konnte. Die FDP war von Anfang an der Meinung, dass es bei dieser Sparübung notwendig ist, auch dort den Rotstift anzusetzen. Hier handelt es sich um die gebundenen Ausgaben, bei denen im Gegensatz zu den anderen Vorschlägen des Gemeinderats nur pauschale Sparmassnahmen beschlossen wer-

den können, deren konkrete Umsetzung dann durch den Gemeinderat in der täglichen Verwaltungsarbeit erfolgen muss.

Gemeindepräsident Mike Keller: In den Tabellen, die den Einwohnerrät/innen verteilt wurden, wurden die Entscheide der GRPK farblich dargestellt. Es lässt sich visuell erkennen, wo GR und GRPK deckungsgleich sind und wo es unterschiedliche Meinungen gibt. Weiter wurden Stichworte, die im Bericht auf fielen, erwähnt. Die Liste wurde auch zahlenmässig an die Entscheide der GRPK angepasst, das heisst, dass man auf der letzten Seite immer das Subtotal sieht. Die Entscheide sind also in Franken ausgedrückt.

Die andere Dokumentation soll einen Überblick für die folgende Diskussion geben. Auf der ersten Seite ist der Halbjahresbericht abgebildet. Es zeigt sich, dass die Massnahmen, die bis Mitte Jahr an die Hand genommen wurden und die geschätzten des zweiten Halbjahres, durchaus ihre Wirkung zeigen. Da der Finanzausgleich leider bedeutend höher ausfiel als im letzten Jahr, wurde das Eingesparte gleich wieder aufgefressen. Auf Seite 2 sieht man die Ausgangslage aus dem Finanzplan (Planrechnung aus dem Budget 2014), in welcher versucht wurde zu zeigen, was es bedeutet, wenn all die Sparmassnahmen umgesetzt würden. Auf Seite 3 lässt sich das Ergebnis ablesen. Es zeigt sich, dass man bei Annahme der GRPK-Vorschläge rund 1 Million tiefer kommt, als mit den vom GR im Mai vorgelegten Vorschlägen. Auf der 4. Seite hat der GR aufgrund des vorliegenden Berichts Punkte notiert, die bei der anschliessenden Abarbeitung der 117 Massnahmen erläutert werden. Es handelt sich um wichtige Hinweise. Wie der GRPK-Präsident erwähnte, hatte der GR die Gelegenheit, Fragen zu beantworten. Es waren deren viele und die Sitzung war sehr lange. Es ist also nicht verwunderlich, dass Bericht und Beschlüsse der GRPK gemäss Protokollen nicht vollständig übereinstimmen. Der GR würde es begrüessen, wenn diese Ungeheimheiten an einer nächsten GRPK-Sitzung geklärt werden könnten.

Auf Nachfrage von *Lucas Metzger, CVP/GLP*, erläutert Mike Keller, dass das Eigenkapital ohne Berücksichtigung der Liegenschaften erfasst ist, weil die Liste auf dem Budget 2014 basiert, als die Neueinschätzung der Liegenschaften noch nicht erfolgt war. Die Aufwertung des Eigenkapitals durch die Neueinschätzung der Immobilien soll primär dazu dienen, den Verlust aus der Schuld bei der Pensionskasse bilanzmässig abzudecken.

DETAILBERATUNG

GR01–GR10

Bettina Benthous: Die SP ist der Ansicht, dass bei den jungen Leuten die Ansätze falsch sind. Sie möchte für die Jungbürgerfeier (GR07) ein Kostendach von 3000 Franken, gleich wie beim Neujahrs- und Freiwilligenapéro. Von ihrem Sohn weiss Bettina Benthous, dass die Jungbürgerfeier letztes Jahr in einem Saufgelage endete. Die SP erachtet einen Apéro mit Begrüssung als ausreichend.

Damit nicht der Eindruck entsteht, die SP wolle auf Kosten der Jungen sparen, fährt die Rednerin gleich weiter mit dem nächsten Punkt und plädiert für eine Beibehaltung des Abstimmungsbüchleins easy-vote. Als Lehrerin und Mutter weiss sie, dass es die jungen Leute schätzen und sie ohne Abstimmungsbüchlein nicht abstimmen würden.

Antrag: Das Abstimmungsbüchlein beibehalten. Mit der Summe, die bei der Jungbürgerfeier gespart würde, könnten die CHF 6000 aufgefangen werden.

Silvia Bräutigam, CVP/GLP: Ihre Fraktion ist gegenteiliger Meinung. Die Jungbürgerfeier wird mit zwei, drei Gemeinden gemeinsam durchgeführt und Silvia Bräutigam weiss nichts von einem Saufgelage. Ein Apéro im Ortsmuseum hat nichts mehr mit einer Jungbürgerfeier zu tun.

Durch ihre Kinder und Bekannte weiss die Rednerin, dass die Jungen sich durch Zeitungslektüre und Gesprächen mit Eltern und Freunden über ein Abstimmungsthema informieren, das sie interessiert. Das Abstimmungsbüchlein wird gar nicht erst ausgepackt, sondern landet direkt im Altpapier.

Rahel Bänziger bittet um Voten, die sich nicht auf persönliche Erfahrungen mit der Jungbürgerfeier beziehen und

Markus Ziegler, FDP, erinnert an die Antrittsrede der Präsidentin (Effizienz der Sitzungen). Es befremdet ihn, dass hier über Saufgelage gesprochen wird. Solche Diskussionen werden in Kommissionen geführt. Sämtliche Parteien sind proportional in der GRPK vertreten und alle konnten trotz Sommerferien Leute stellen. Markus Ziegler bittet darum, hier keine Kommissionsdiskussionen zu führen. Die FDP stellt sich hinter die Anträge der GRPK und auch wenn sie mit dem einen oder anderen Punkt nicht ganz einverstanden ist, wird sie keine Anträge stellen.

ABSTIMMUNG Antrag SP GR07: Jungbürgerfeier: Kostendach von CHF 3000
Grossmehrheitlich abgelehnt

Jürg Humbel, FDP, kommt auf seine Altersrede von vor zwei Jahren zurück: Sein Thema war die Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf ihr politisches Leben. Im Rat hat er noch nie eine Schulklasse gesehen und er findet es eine Schande, dass Ausländer, die eingebürgert werden, mehr wissen als die Schweizer Schüler. Das Abstimmungsbüchlein ist Altpapier, die Schulen sollten sich um dieses Thema kümmern.

ABSTIMMUNG Antrag SP GR08: Abstimmungsbüchlein nicht abschaffen, keine Streichung
Grossmehrheitlich abgelehnt

Carolle von Ins, parteilos: Die SP-Fraktion ist für die Beibehaltung der Infoanlässe (GR09). Es ist ihr ein Anliegen, dass die Binninger Bevölkerung vor wichtigen Abstimmungen etc. informiert wird.

ABSTIMMUNG Antrag SP GR09: Infoanlässe: Keine Streichung
Grossmehrheitlich abgelehnt

GR11–GR20

Gemeindepräsident Mike Keller zu GR17: Antrag der GRPK zur Streichung der GR-Einladungen: Dem Gemeinderat ist es wichtig, dass das Richtige darunter verstanden wird. Es geht hier darum, die nachbarschaftlichen Beziehungen mit anderen Gemeinden zu pflegen. Es ist weit über die Grenze hinaus Usus, dass man sich in regelmässigen Abständen trifft und eine Sitzung abhält. Binningen führt diese Treffen meist inklusive kleinem Imbiss im Ortsmuseum durch. Dem GR ist es ein Anliegen, dass die nachbarschaftlichen Kontakte aufrechterhalten werden, dafür braucht es das Budget. Es wurde auf der Liste bereits gekürzt, da man sich der Situation anpassen will. Mike Keller bittet darum, dass dem GR die Möglichkeit zum nachbarschaftlichen Austausch nicht weggenommen wird.

Gaida Löhr: Die SP hätte ähnlich wie der Gemeindepräsident votiert. Es kann nicht sein, dass der Binninger Gemeinderat nicht mehr mit anderen Gemeinden kommunizieren kann, weil das Geld fehlt. Man weiss im Voraus, dass diese Ausgaben getätigt werden, also sollen sie auch ehrlich im Budget stehen. Beim Kostendach ist die Fraktion etwas anderer Meinung, doch ist sie überzeugt davon, dass der GR von Zeit zu Zeit ein Geschenk machen können muss. Der Betrag ist lächerlich, doch wenn er gestrichen wird, ist dies auch lächerlich.

Antrag der SP GR17: GR-Einladungen: Kostendach CHF 5000

Antrag der SP: GR16: Geschenke: Kostendach von CHF 1000

Die Präsidentin bittet Eduard Rietmann um Klärung einer Unklarheit in den Unterlagen, wo unter diesem Punkt ein Kostendach von CHF 7000 notiert ist.

Eduard Rietmann, CVP/GLP, ist auch nicht ganz klar, was der Gemeindepräsident gemeint hat. In GR17 steht der Betrag von 15 000 Franken, der gespart werden soll. Hier stellt der GP den Antrag, dass der Betrag ins Budget kommt.

Mike Keller hat den Antrag der GRPK so verstanden, dass der Betrag gestrichen werden soll. Deshalb sein Votum.

Christoph Maier, FDP, erinnert daran, dass „Streichung“ bedeutet, dass dem Antrag des Gemeinderats gefolgt wird. Der Zusatz in der Klammer ist eine Erläuterung in Bezug auf die Positionsentwicklung in den letzten Jahren. Die Interpretation des GP, dass die GRPK eine Erhöhung der Einsparung verlangt, ist falsch.

Rahel Bänziger ist der Meinung, dass ein Kostendach gemeint ist.

Da es sich bei diesem Kostendach um 9000 Franken handelt, zieht der *Gemeindepräsident* seine Bemerkung zurück.

Rahel Bänziger hält fest, dass es im GRPK-Bericht unter GR17 nicht „Streichung“ sondern „Kostendach“ heissen muss und fragt *Christoph Maier* nochmals nach dem Betrag.

Dieser wiederholt für das Protokoll, dass überall, wo im GRPK-Bericht „Streichung“ steht, der Antrag des Gemeinderats umgesetzt werden soll.

Rahel Bänziger findet es irreführend, da es sich hier um ein Kostendach handelt, was in den anderen Fällen im GRPK-Bericht (unter Empfehlungen/Beschluss der GRPK) auch als „Kostendach“ aufgeführt ist. Der Gemeinderat hat einen Sparbetrag von 6000 Franken vorgeschlagen, was zu einem Kostendach von 9000 Franken führt. So wurde es in der GRPK beschlossen.

Auf Nachfrage, ob die *SP* mit einem Kostendach von CHF 9000 einverstanden ist (sie hatte CHF 5000) beantragt, bejaht dies *Gaida Löhr*, fragt aber, ob der GR-Ausflug drin bleibt und falls ja, wie hoch hier das Kostendach ist.

Die *SP* will wissen, wie hoch das Kostendach von GR18 und GR19 ist.

Rahel Bänziger: Bei diesen Posten handelt es sich um das Gleiche wie vorher. Der GR hat eine Kürzung vorgeschlagen, die Streichung eines Teils des Betrags. Diesem Streichungsbetrag hat die GRPK zugestimmt. In der Tabelle steht der Betrag, im GRPK-Bericht ist er nicht aufgeführt.

GR18 = Kostendach von 1500 Franken

GR19 = ganz gestrichen

Frage von *Gaida Löhr, SP*: Eben hiess es, wenn es gestrichen ist, ist es gestrichen. Nun sagt *E. Rietmann* die Einsparung des GR-Ausflugs sei nicht mehr dabei, wenn hier „Streichung“ steht, heisst es, dass sie noch dabei ist mit 12 000 Franken.

E. Rietmann und *R. Bänziger* stimmen zu, dass alles gestrichen ist.

Rahel Bänziger: Der Vorschlag der GRPK auf Grundlage des Gemeinderats ist kein Kostendach (GR18). Der Vorschlag des GR und der Verwaltung war, diese Posten ganz zu streichen.

Gemeindepräsident Mike Keller: Beim Sparbetrag ist der Betrag abgebildet. Bis anhin war Usus, dass der GR zu Beginn und am Ende einer Legislaturperiode einen Ausflug macht. Der GR findet einen Ausflug genügend und der Betrag soll entsprechend gekürzt werden. Erst zu Beginn der neuen Legislatur im 2016 ist ein Betrag eingesetzt. Dann sollte keiner mehr erscheinen, bis die Legislatur im 2020 neu startet.

Rahel Bänziger: In der GRPK hatte man diese Vorlage und sie stimmte dem Vorschlag des GR zu, deswegen heisst es im Bericht „Streichung“.

Gaida Löhr, SP, verlangt, dass im Protokoll klar festgehalten wird, dass es zweimal so war, dass bei „Streichung“ etwas bleibt und jetzt fliegt bei „Streichung“ etwas 'raus, was noch drin war. Das ist im Bericht nicht konsequent.

Für das ER-Protokoll: Es ist nicht der Antrag des GR gestrichen, sondern der Ausflug.

Rahel Bänziger: Es ist richtig, dass im GRPK-Bericht unter GR17 ein Fehler ist, bei den anderen Sachen handelt es sich wirklich um eine Streichung.

GR21–GR30

Gemeindepräsident Mike Keller zu GR23: Vergütungszins (Steuern):

Bisher zahlte die Gemeinde Binningen eine minim höhere Verzinsung bei Vorauszahlung der Steuern. Mit diesem etwas höheren Zins und den entsprechenden Einzahlungen der Steuerzahler konnte auf einfache Weise die Liquidität der Mittel sichergestellt werden. Wenn Binningen nun denselben Zinssatz ansetzt wie der Kanton ist davon auszugehen, dass die Attraktivität geringer wird. Das bedeutet für die Verwaltung, dass sie unter dem Jahr mehr Geld bei der Bank unter das Kontokorrent nehmen muss. Dieser Zinssatz ist grösser, als der Betrag, den diese kleine Massnahme abwarf. Mike Keller bittet den Rat, den minim höheren Zinssatz beizubehalten und damit die Liquidität sicherzustellen.

CVP/GLP: Lucas Metzger glaubt nicht, dass 0,1 % etwas ausmachen. Die Leute schauen ja nicht einmal bei den Krankenkassen oder dem Telefon genau hin.

SP: Severin Brenneisen ist der Meinung, dass den Erfahrungen des Gemeinderates Folge geleistet werden sollte. Es kostet nicht viel und Liquidität ist wichtig.

Markus Ziegler, FDP: Das ist wieder eine klassische Diskussion, die in einer Kommission geführt werden soll. Es gibt eine Budgetberatung für die der Gemeinderat gerne die Zahlen aufbereiten kann. M. Ziegler stimmt heute NEIN. Er versteht die Logik, doch fehlen ihm die Zahlen.

ABSTIMMUNG Antrag des GR: Vergütungszins Steuervorauszahlung von 0,6 % belassen.
Grossmehrheitlich abgelehnt.

Gemeinderätin Heidi Ernst zu GR29 Unterhalt Tagesheim: Mittlerweile weiss man, dass es beim Sparvorschlag des GR nicht um den generellen Unterhalt des Tagesheim geht, sondern die Fenstersanierung wurde verschoben. Eventuell lassen sich sogar 20 000 sparen.

Gaida Löhr, SP, fragt, wie sinnvoll eine Verschiebung der Fenstersanierung ist und wie dringend die Sanierung ist.

Gemeinderätin Heidi Ernst: Sie weiss davon erst seit Kurzem und kann nicht mehr darüber sagen. Persönlich findet sie die Verschiebung nicht gut, weil die Stiftung Kinderbetreuung der Gemeinde Miete bezahlt. Ausserdem verursachen undichte Fenster höhere Heizungskosten.

Die *SP* stellt den Antrag, dass die geplante Einsparung von 17 000 Franken wieder ins Budget aufgenommen wird.

ABSTIMMUNG Antrag SP GR29 Unterhalt Tagesheim: Keine Einsparung von CHF 17 000
Grossmehrheitlich abgelehnt.

GR31–GR40

Susanna Keller, SVP, zu GR31 Erhöhung Benützungsgebühr Kronenmattsaal: Der Gemeinderat möchte, dass künftig die Binninger 300 Franken (bisher gratis) und die Auswärtigen 1000 Franken (bisher 600) bezahlen. Die Küchenbenützung ist nicht inbegriffen. Kleinere Vereine wie z.B. der Frauenchor wie auch die Auswärtigen, die bisher den Kronenmattsaal benutzt haben, würden unter den neuen Kosten sehr leiden. Die SVP beantragt deshalb, den Status quo beizubehalten.

Gaida Löhr: Die SP hätte den Antrag auch gestellt, allerdings nur für Binninger Vereine.

ABSTIMMUNG Antrag SVP GR31 Benützungsgebühren Kronenmattsaal: Keine Gebühren für Binninger, 600 Franken für Auswärtige
Mehrheitlich abgelehnt.

GR41–GR50

Anne Platten, SP zu GR44: Die Fraktion stellt den Antrag, den Satzteil „... kündigt den Vertrag vorsorglich“ zu streichen, weil sie der Meinung ist, dass ein taktisches Vorgehen nicht in einen ER-Beschluss gehört.

Eduard Rietmann, CVP/GLP: Das soll nur eine Bemerkung zu einer Information sein, die der GR gab. Es ist nicht Bestandteil des Beschlusses. Der ER hat sowieso keinen Einfluss auf die Kündigung des Vertrags, das ist Sache des Gemeinderats.

Gaida Löhr, SP: Man hat keinen Einfluss darauf, doch die SP will es draussen haben, da sie es sonst mitentschieden hat, was sie nicht möchte.

FDP, Markus Ziegler: Dies ist eine Bemerkung im GRPK-Bericht, die dort geändert werden muss und nicht im Rat. Der Antrag lautet: Keine Kürzung, wie sie beantragt wurde. Die Bemerkung, der Text im GRPK-Bericht wird nicht im Einwohnerrat diskutiert. Deswegen kommt dieser Antrag nicht zur Abstimmung.

Rahel Bänziger: Der Bericht wurde von der GRPK per Beschluss bewilligt.

Anand Jagtap, Grüne/EVP beantrag zu GR50 FEB die vorgeschlagene Kürzung nicht vorzunehmen.

Rahel Bänziger: Das war die einzige Abstimmung, die in der GRPK relativ knapp war. Es geht darum, dass es eine andere Berechnungsgrundlage geben soll, die Subventionen also tiefer ausfallen.

ABSTIMMUNG Antrag Grüne/EVP GR50 FEB: Keine Kürzung vornehmen
Grossmehrheitlich abgelehnt.

Peter Buess, Grüne/EVP, hat eine Frage zu GR48 Binningen bewegt: Wie gut ist das besucht?

Rahel Bänziger: Das Thema wurde in der GRPK beraten und es wurde festgestellt, dass das Bedürfnis nach diesem Angebot nicht sehr gross war.

GR51–GR60

Keine Anträge

GR61–GR70

Susanne Tribolet, SP zu GR62 Publikation Musikschule: Hier geht es um die Kürzung von 2000 Franken. Nach Ansicht der Rednerin ist es nicht sinnvoll, einem Schulrat oder der Schulleitung reinzureden, indem man ihm ganz genau sagt, welche Art von Publikation man nicht mehr will. Von der Schulleitung wird Professionalität verlangt.

ABSTIMMUNG Antrag SP GR62 Publikation Musikschule: Keine Kürzung von 2000 Franken
Mehrheitlich abgelehnt.

GR71–GR80

Gemeinderätin Mirjam Schmidli zu GR 80 Littering: Im GRPK-Bericht heisst es, es können 10 000 Franken ohne Leistungsabbau eingespart werden. Das stimmt nicht. Die Kürzung würde die Leistung um die Hälfte verringern.

GR81–GR90

Keine Anträge

GR91–GR98

Keine Anträge

Markus Ziegler, FDP, ist dagegen, die von Rahel Bänziger vorgeschlagene Schlussabstimmung über die 98 Gemeinderatsbeschlüsse durchzuführen, da es sich hier um ein Gesamtpaket handelt.

S1–S10 (Seitenzahlen der ursprünglichen Vorlage)

Keine Anträge

S11–S18

Gemeinderat Urs-Peter Moos zu S17: Es geht um das Thema Bestattungen. Dem Gemeinderat ist aufgefallen, dass dies bei den Anträgen der GRPK nicht erwähnt ist. Im Text selber steht, dass ein Auftrag erteilt werden soll. U.-P. Moos wäre dem ER dankbar, wenn ein entsprechender Beschluss gefasst würde. Er beantragt im Sinn der Effizienz (die Zahl liegt auf dem Tisch, es geht um 600 000 Franken, wenn man kostendeckend operieren würde), dass der ER verbunden mit dem Auftrag dem GR gleich einen Fingerzeig zum gewünschten Betrag (Kostendeckungsgrad) gibt. Das Geschäft war bereits vor drei Jahren im ER und erlitt damals Schiffbruch. Dem Gemeinderat ist es auch im Interesse des Verwaltungsaufwandes ein Anliegen, dass der GR einen klaren Fingerzeig erhält, damit man sich darauf konzentrieren und Varianten ausarbeiten kann, über die dann der ER befinden kann.

Eduard Rietmann, CVP/GLP: Diesen Antrag hat U.-P. Moos bereits in der GRPK-Sitzung gestellt. Damals tauchten verschiedene Fragen auf, die nicht zufriedenstellend beantwortet wurden. Zu diesem Thema sollten mit der Verwaltung und dem zuständigen GR Gespräche geführt werden und die Kommission die entsprechenden Unterlagen erhalten. In diesem Bericht gibt es noch andere Aufträge an den Gemeinderat und eigentlich war die Meinung der GRPK, dass es zu diesen Aufträgen einen weiteren Bericht geben soll, in dem die Aufträge einzeln aufgeführt werden. Das Thema Bestattungswesen ist ein typischer Fall für den die GRPK nicht genügend Unterlagen zur Verfügung hatte. Es ist aber dem GR kein Vorwurf zu machen, denn die Sache ist sehr komplex und muss deswegen zu einem späteren Zeitpunkt angeschaut werden.

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Hier handelt es sich um Punkte, die in der Kompetenz des Einwohnerrats liegen. Er betont, dass für den GR heute Abend der Moment wäre, vom ER einen Auftrag zu erhalten – auch was die Bestattungen anbelangt. Die groben Zahlen sind ja aufgelistet. Es geht um einen Fingerzeig. Wenn dann ein Vorschlag ausgearbeitet wird, sind selbstverständlich in den Varianten die genauen Zahlen enthalten.

Rahel Bänziger macht darauf aufmerksam, dass es im Bericht einen Auftrag gibt: „Der GR wird aufgefordert, verschiedene Kostenaufteilung zu prüfen und dem ER vorzulegen.“

Severin Brenneisen, SP, ist auch der Meinung, dass der GR einen Auftrag haben sollte. Falls das noch nicht klar ist, müsste es noch klarer gesagt werden. Der Redner findet aber auch, dass der Einwohnerrat darüber im Bild sein muss, welche Folgen es hat, wenn die Bestattungen eine 100%ige Kostendeckung haben sollen. Das Thema ist sensibel, deswegen kann heute nicht einfach so ein Auftrag für die volle Kostendeckung gegeben werden. Es braucht Varianten, die dann in Ruhe in einer separaten Ratssitzung besprochen werden können.

FDP, Stefan Kaiser pflichtet *S. Brenneisen* bei. Die GRPK hat bewusst darauf verzichtet, einen genauen Kostendeckungsgrad zu verlangen. Sie möchte vom GR diverse Vorschläge, wie er den Kostendeckungsgrad erhöhen kann. Dabei sollen die Auswirkungen transparent aufgezeigt werden, so dass der ER über die Höhe entscheiden kann. Dazu haben in der GRPK die Basisdaten gefehlt. Die in der Vorlage erwähnten 200 000 Franken betreffen nur den Gratissarg und das war der GRPK zu wenig, um eine Entscheidung zu treffen. Deswegen soll an einer generellen Forderung nach einer Vorlage mit Varianten festgehalten werden.

Die Präsidentin: Bei den Bestattungen wurde beschlossen „Im Moment beibehalten/der GR wird aufgefordert, verschiedene Kostenaufteilungen zu prüfen und dem ER vorzulegen“. *Rahel Bänziger* schlägt vor, auf diese Vorlage zu warten, die dann im Rat besprochen und eventuell zur weiteren Prüfung an die GRPK überwiesen werden kann.

Urs-Peter Moos: Es ist eine Massnahme, die allein in der Kompetenz des Einwohnerrats liegt. Entweder erhält der Gemeinderat heute Abend per Abstimmung vom ER den Auftrag oder er hat keinen Auftrag. U.-P. Moos erinnert an 2011 und betont nochmals, dass es die Verantwortung des ER ist.

Rahel Bänziger unterbricht den GR und wiederholt, dass der Auftrag formuliert ist und der ER auf eine Vorlage mit verschiedenen Kostenaufteilungen wartet. Das sei die normale Art, wie ein Reglement geändert und dem ER zur Beratung vorgelegt wird.

6. Weitere Sparvorschläge

6.1.–6.5.

Keine Anträge

6.6. Antrag der FDP: Die FDP fordert vom GR bei der Umsetzung der gebundenen Ausgaben eine generelle Einsparung von 5 %.

Markus Ziegler: Die FDP fühlt sich geehrt, dass ihr Name sich in diesen Bericht geschlichen hat. Es ist indes nicht so, dass dies nur FDP-Überlegungen sind. Es sind Überlegungen, welche die GRPK beraten und in den Bericht aufgenommen hat.

Die zweite Bemerkung betrifft das Formale. Über den Text „Die FDP fordert“ abzustimmen, findet *M. Ziegler* sehr unglücklich. Da es formal einen Beschluss braucht, beantragt er, dass sinngemäss wie bei den vorgehenden Punkten der GR *beauftragt* wird, bei den gebundenen Ausgaben 5 % einzusparen. Der Redner möchte beliebt machen, dass die Basis, nämlich die Rechnung 2013, auch gleich genannt wird.

Gemeindepräsident Mike Keller zu den Punkten 6.6 bis 6.8: Wenn man den Beschlüssen GR01–Gr98 und S1–S18 zustimmt, dann ist ein Teil der Forderungen von 6.6, 6.7 und 6.8 dort bereits enthalten. In den Medien wurde mitgeteilt, dass seitens FDP die HÜP auf einer höheren Flugebene diskutiert wird und dass deswegen pauschale oder globale Anträge gestellt werden. Dem ist man so nicht gefolgt und *Mike Keller* findet es wichtig, auseinanderzuidividieren: Man kann nicht auf der einen Seite in bestimmten Positionen klare Einsparungen und Kürzungen beschliessen und dann auf der anderen Seite verlangen, dass nach deren Umsetzung nochmals über das Ganze hinweg gekürzt wird. Also entweder wird entschieden, die einzelnen Punkte so umzusetzen oder man sagt 5 Prozent, 5 Prozent, 5 Prozent – wo auch immer der GR dies dann macht.

Gaida Löhr, SP, macht darauf aufmerksam, dass es jetzt um die gebundenen Ausgaben geht und nicht um die Punkte, die vorhin einzeln diskutiert wurden. Sie hätte Sympathie für M. Zieglers abgeschwächten Vorschlag, wenn gesagt würde, dass der GR aufgefordert wird, Vorschläge zu bringen – nicht, dass es umgesetzt wird. Die SP wird nie Hand bieten zu generellen Sparaufträgen, denen die GRPK und der ER nicht zustimmen können; bei denen nicht gesagt und darüber abgestimmt wird, wo gespart werden soll. Die Gemeinde musste schon diverse Male Controllings von aussen über sich ergehen lassen und es wurde kein Sparpotential gefunden. G. Löhr empfindet es als Misstrauensantrag. Den Auftrag, nochmals zu schauen, könnte sie unterstützen, aber sicher nicht den Auftrag, einfach zu sparen.

SP: Severin Brenneisen sieht hier auch ein Problem. Wenn man bedenkt, dass ein grosser Posten die Bildung ist, bei welcher der grösste Teil der Ausgaben durch Löhne fixiert und vom Kanton gebunden ist, ist es insbesondere gerade in diesem Kapitel relativ schwierig, über das Ganze 5 % einzusparen.

Markus Ziegler, FDP: Selbstverständlich geht es hier um die gebundenen Ausgaben. An der letzten HÜP-Diskussion hat sich gezeigt, dass die gebundenen Ausgaben ein riesiger Block sind. Der Gemeinderat weigerte sich in allen Diskussionen, diesen Block anzurühren – aus welchen Gründen auch immer. Fünf Prozent ist ein Vorschlag, der sich gut machen lässt, da in der Verwaltung noch so viel Luft ist. Die FDP ist überzeugt davon, dass der GR ein entsprechendes Paket schnüren kann, das an der Budgetsitzung vorgelegt wird und dann nochmals diskutiert werden kann.

Der Redner wiederholt, dass es vorhin um ungebundene und jetzt um gebundene Ausgaben handelt, weswegen sich die beiden Sachen auch nicht beissen. Die FDP hält an ihrem Auftrag fest und will den GR verpflichten, es so zu machen.

Anand Jagtap, Grüne/EVP: Auch seiner Fraktion ist der Antrag zu absolut formuliert. Im Sinne eines Postulats könnten sie es sich vorstellen, so strikt wie von der FDP formuliert aber nicht.

ABSTIMMUNG Antrag FDP 6.6.: Der Gemeinderat wird beauftragt, bei den gebundenen Ausgaben eine Einsparung gegenüber der Rechnung 2013 von 5 % vorzunehmen.

Ja: 24 / Nein: 12 / (1 Person abwesend)

Simone Abt, SP: Bevor weitere Anträge nicht besonders seriös und mit gefährlichem Ausmass beschlossen werden, möchte sie ihren Bedenken Ausdruck geben: Sie war an zwei GRPK-Sitzungen dabei, doch leider nicht an der letzten im August. Es wurde ihr aber zugetragen, dass die Anträge der FDP in der GRPK nicht diskutiert wurden. Nun fragt sie, ob das denn nicht notwendig ist. Die Anträge kommen in den Rat und werden nach kaum zehn Minuten Diskussion gutgeheissen. Eine generelle Einsparung von 5 % bei den gebundenen Ausgaben darf man diskutieren, das ist aber nicht passiert. Der Punkt 6.7. macht S. Abt noch sehr viel mehr Angst. Ihr ist nicht mehr wohl, wenn einfach mal so über einen Personalabbau von 5 % befunden wird. Sie bittet die Rät/innen dies zu bedenken.

6.7. Antrag der FDP: Der Personalbestand in der Gemeindeverwaltung ist dabei innert zwei Jahren um 5 % zu senken.

Silvia Bräutigam: Die CVP/GLP möchte den Antrag wie folgt formulieren: *Der Personalbestand in der Gemeindeverwaltung (ohne Werkhof) ist dabei innert zwei Jahren um 5 % zu senken.*

FDP: Markus Ziegler kann den CVP-Antrag nachvollziehen, dass man sich auf die „Kern“-Verwaltung beschränkt, da beim Werkhof schon relativ viel passiert ist. Doch auch hier müsste der Antrag wieder lauten „Der GR wird beauftragt“. Betrachtet man die Fluktuationen der letzten Jahre, sind die geforderten 5 Prozent deutlich tiefer als die Fluktuationen der jüngeren Vergangenheit. Es ist also nicht mit Massenentlassungen zu rechnen.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Auch ihr ist unbehaglich zumute. Wenn es um den Personalbestand geht, möchte sie gleich sagen, dass die das Personal der Bildung, also die Lehrer auch ausschliessen will. In nächster Zeit kommen Kosten für Entlastungsstunden zur Umsetzung der Bildungsharmonisierung dazu, eventuell muss auch der Personalbestand ein wenig aufgestockt werden. Also wenn man bei den Anträgen ist, muss die Bildung auch ausgeschlossen werden. B. Büschlen schlägt vor, wieder auf 6.6. zurückzukommen und die Punkte 6.6.–6.8. in der GRPK nochmals zu behandeln. Dann kann aufgeschlüsselt werden, was die 5 Prozent beinhalten. Beim Kanton sind 93 % der Bildungskosten Lohnkosten. Der Rest ist Material.

SP: Simone Abt stimmt B. Büschlen zu. Bei der Bildung ist der Handlungsspielraum relativ beschränkt, insofern kann sich jeder vorstellen, was dies für den Rest des Verwaltungspersonals bedeutet.

Peter Buess, Grüne/EVP: Antrag Umformulierung des Antrags 6.7.:

Der GR wird in Zusammenarbeit mit der Verwaltung beauftragt, Einsparpotenzial zu prüfen und anfangs nächstes Jahr zu berichten.

SP, Severin Brenneisen möchte in diesem Zusammenhang bei Punkt 6.7. darauf hinweisen, dass von der Verwaltung mehrmals darauf aufmerksam gemacht wurde, dass das Personal am Anschlag ist, dass es sehr viel Arbeit ist und immer mehr wird. Einigen Sachen sind in Verzug und kaum aufzuarbeiten. Für den Redner ist es verantwortungslos, jetzt einfach etwas zu beschliessen, ohne die Folgen für die Verwaltung zu kennen.

Gabriela Vetsch, SP, findet es etwas merkwürdig. In der GRPK wurde um relativ kleine Beträge gestritten, es wurde hin und her überlegt, es gab Fragen, zum Teil war man fast etwas kleinlich. Und jetzt sollen linear 5 Prozent gekürzt werden, ohne die geringste Ahnung, was das bedeutet. Dies erscheint auch ihr verantwortungslos. Sonst will man jeden Bleistift kennen der abgerechnet wird und nun sollen hopphopp derart einschneidende Einsparungen beschlossen werden. Man hat keine Zahlen, es wurde weder in der GRPK noch in den Fraktionen vernünftig diskutiert. Das ist nicht seriös.

Markus Ziegler, FDP, erstaunt es, von der Ratslinken und dem Gemeinderat zu hören, dass darüber nicht diskutiert wurde, dass das Ganze nicht auf dem Tisch war. Er erinnert daran, dass die FDP das Massnahmenpaket im Rahmen einer Medienmitteilung gross publik machte. Es wurde sämtlichen Einwohnerrät/innen und GRPK-Mitgliedern zugestellt. In der GRPK wurde es wiederholt diskutiert; es ist keine Nacht- und Nebelaktion. Dies sind solide, sorgfältig ausgearbeitete Vorschläge, die breit diskutiert werden konnten. Der Redner wehrt sich gegen den Vorwurf, dass dies ein Handstreich sei.

Was allfällige Probleme betrifft: Der Gemeinderat wird beauftragt, ein entsprechendes Budget vorzulegen. Die GRPK und der Gesamt-ER wird dieses Budget nochmals diskutieren müssen. Es ist ein Auftrag und die Messlatte für den Gemeinderat.

Simone Abt, SP: Sie hat nie behauptet, die FDP habe ihr Anliegen nicht publikumswirksam präsentiert und in die Medien gebracht, bevor irgendjemand in Binningen davon wusste. Sie sagt nur, dass das Anliegen nicht dort ist, wo es hingehört und diskutiert werden muss, nämlich in der GRPK. S. Abt will keine Abstimmungen über 5-prozentige Einsparungen tätigen, ganz einfach weil sie nicht weiss, was das Resultat davon ist. Sie ist nicht à priori dagegen, sie kennt einfach die Auswirkungen nicht.

Rahel Bänziger: Die Punkte wurden in der GRPK unter „Weitere Sparvorschläge“ als Empfehlungen aufgenommen. In der GRPK hatte man schlicht keine Zeit, um die einzelnen Punkte in den drei Sitzungen zu diskutieren. Der Auftrag der damals vorliegenden Vorlage gemäss Geschäft Nr. 112

Markus Ziegler, FDP, stellt einen Ordnungsantrag, damit die Punkte 6.6. und 6.7. abgestimmt werden.

Die Präsidentin weist darauf hin, dass formulierte Unteranträge vorliegen, über die vorgängig abgestimmt werden muss.

ABSTIMMUNG Ordnungsantrag M. Ziegler

Ja: 22 / Nein: 14 / Enthaltung: 1

ABSTIMMUNG Unterantrag CVP/GLP: Der Gemeinderat wird beauftragt den Personalbestand (ohne Werkhof) in der Gemeindeverwaltung innert zwei Jahren um 5 % zu senken

Ja: 23 / Nein: 13 / Enthaltung: 1

ABSTIMMUNG Unterantrag P. Buess: Der GR wird beauftragt, Einsparpotenzial zu prüfen und dies in der 1. Sitzung 2015 zu berichten

Mehrheitlich abgelehnt

Die Präsidentin fragt bei M. Ziegler nach, ob es zu 6.7. keinen Änderungsantrag gibt, wie vorher bei 6.6. Dies verneint *Markus Ziegler*.

Gaida Löhr, SP: Vorhin wurde x-mal von Bildung gesprochen. Sie fragt nach, ob die Bildung ausgeschlossen ist, wenn es nun heisst „*Der Personalbestand in der Gemeindeverwaltung...*“.

Stefan Kaiser, FDP: Seines Wissens sind die Lehrer vom Kanton angestellt. Die Primarlehrer werden durch die Gemeinde bezahlt. Bei den Lehrern gibt es bestimmt kein grosses Potenzial.

Gemeindepräsident Mike Keller: Es muss nicht diskutiert werden, ob die einen 'rein und die anderen 'raus gehören. Der Antrag ist formuliert und es ist dann die Aufgabe des Gemeinderats, die 5 Prozent einzusparen. Wenn er die ganzen 5 % bei den Lehrern streichen will, ist das seine Sache....

ABSTIMMUNG FDP 6.7.: Der Personalbestand in der Gemeindeverwaltung ist dabei innert zwei Jahren um 5 % zu senken (der genehmigt Antrag „ohne Werkhof“ ist eingeschlossen)

Ja: 23 / Nein: 13 / Enthaltung: 1

6.8. Antrag der FDP: Leistungsvereinbarungen: Bei sämtlichen Leistungsvereinbarungen ist eine finanzielle Kürzung von 5 % vorzunehmen

Antrag *Peter Buess, Grüne/EVP*: Der Gemeinderat wird beauftragt, das Einsparpotenzial bei den Leistungsvereinbarungen zu prüfen und an der 1. ER-Sitzung 2015 zu berichten.

Severin Brenneisen: Die *SP-Fraktion* wehrt sich vehement dagegen. Sie ist nicht bereit, bei sämtlichen Leistungsvereinbarungen weitere Kürzungen von 5 Prozent vorzunehmen. Die SP ist der Meinung, dass damit Institutionen, die bis jetzt hervorragende Arbeit geleistet haben, über Massen strapaziert werden.

ABSTIMMUNG P. Buess: Der Gemeinderat wird beauftragt, das Einsparpotenzial bei den Leistungsvereinbarungen zu prüfen und an der 1. ER-Sitzung 2015 zu berichten

versus

Antrag FDP Leistungsvereinbarungen: Bei sämtlichen Leistungsvereinbarungen ist eine finanzielle Kürzung von 5 % vorzunehmen

Antrag FDP mehrheitlich angenommen

6.9. Antrag FDP: Verstärktes Engagement bei der Anpassung des kantonalen Finanzausgleichs

SP: Für *Gaida Löhr* steht dieser Antrag seltsam in der Landschaft, da sie der Meinung ist, dass der Gemeindepräsident in dieser Sache ein sehr starkes Engagement gezeigt hat. Er ist bereits federführend im Kanton und ihm jetzt einen derartigen Auftrag zu geben, findet die Rednerin mehr als seltsam.

FDP, Markus Ziegler: Es ist nicht seltsam und auch keine Kritik am Gemeindepräsidenten oder dem Vorgehen des Gemeinderats. Hier geht es um eine Rückenstärkung der gemeinderätlichen Politik. Nachdem man gehört hat, was dieses Jahr beim Finanzausgleich passiert ist, soll mit diesem Antrag der politische Wille der (wenn möglich) gesamten politischen Landschaft zum Ausdruck gebracht werden, dass sich der Gemeinderat weiter und verstärkt darum kümmern soll, dass die ungerechte Regelung in eine faire Regelung überführt wird. Es ist keine Kritik, sondern eine Rückenstärkung und Aufforderung, dort vorwärts zu machen.

Susanna Keller, SVP: Die Partei stellt folgenden Antrag, um der GRPK eine Kontrollmöglichkeit für die Sparmassnahmen zu geben:

Antrag SVP: Der GRPK gilt es eine Auflistung aller vorgenommenen Sparmassnahmen zukommen zu lassen. Die Auflistung beinhaltet den Sparantrag, das Budget und die Rechnung. Beispiel: GR04 Neuzuzügerapéro – Budget CHF 2500 – Rechnung CHF 2000. Diese Auflistung soll bis und mit Rechnung 2016 der GRPK zugestellt werden.

SP: Simone Abt möchte vor der Schlussabstimmung sagen, dass die SP bei diesem Sparpaket mitgemacht hat, sie war auch an den GRPK-Sitzungen vertreten und hat teilweise den Kürzungen zugestimmt. Die Partei hat mitgearbeitet und das Ganze mitgetragen. Wenn sie heute Abend das Paket ablehnt, dann wegen des unseriösen Teils von 6.6. bis 6.9. Sie hält ausdrücklich fest, dass es für sie so nicht geht, sie kann so nicht arbeiten. Seitdem sie in diesem Rat sitzt, hat sie sich noch nie so gefühlt; sie hat das Gefühl, auf ganz dünnem rechtsstaatlichem Eis zu tanzen.

Gemeindepräsident Mike Keller: Bezugnehmend auf die Personalkürzung von 5 % führt er einen Standardspruch ein und adressiert ihn gleich zum ersten Mal an die Adresse der SVP: Der Gemeinderat setzt die 5 Prozent um, doch das betrifft alle Leistungen. Mike Keller weist darauf hin, dass alles, was der Rat zusätzlich verlangt, von irgendjemandem erledigt werden muss. Wenn beim Personal effizienter und schlanker gefahren werden soll, muss auch im Ratsbetrieb dafür gesorgt werden, dass er schlank bleibt. Also bitte nicht hier noch ein Blatt und da noch eine Auflistung fordern.

Die Präsidentin fragt sich, wo sie den Antrag der SVP unterbringen soll.

Susanna Keller, SVP: Dies ist ein Antrag vor der Schlussabstimmung, dass ein Controlling der Sparmassnahmen durchgeführt wird.

Christoph Maier, FDP, beantragt, dass der Rat nicht auf den SVP-Antrag eintritt. Das Controlling-Gremium in dieser Gemeinde ist die GRPK, die derartige Forderungen stellen kann. Die verlangte Prüfung kann von der GRPK gemacht werden und die FDP unterstützt, dass es nicht unnötige Wiederholungen gibt.

Die *SVP-Fraktion* zieht den Antrag zurück.

Vor der Schlussabstimmung fasst *Rahel Bänziger* zusammen:

Kein Änderungsantrag GR01–GR98

Kein Änderungsantrag S1–S18

Die soeben beschlossenen Änderungsanträge 6.6.–6.8.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Ja: 24 / Nein: 13 / keine Enthaltungen

://: Die HÜP-Massnahmen werden gemäss GRPK-Bericht mit den angenommenen Änderungen verabschiedet.

Feuerwehr: Revision Reglement

EINTRETEN

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Das vorliegende Reglement ist logisch aufgebaut, gut lesbar und um fast die Hälfte reduziert. Es braucht allerdings auch nicht viel mehr. Beim kantonalen Feuerwehrgesetz überliess der Regierungsrat den Vollzug, das Inspektorat und die Verordnung der kantonalen Gebäudeversicherung. Es gibt also auch für die Gemeinden nicht viel zu verordnen, weil BGV die Regeln vorgibt. Eine Feuerwehrverordnung hatte die Gemeinde Binningen bislang auch nicht. Die sieben Paragraphen in der Verordnung enthalten auch keine Regelungen, die sich häufig ändern werden. Deshalb erscheint der Grüne/EVP der Verzicht auf diese Verordnung logisch. So kann der Gemeinderat auch zeitliche und finanzielle Ressourcen sparen. Dieses Geld könnte für das Kinder- und Jugendkonzept eingesetzt werden. Die Grüne/EVP-Fraktion beantragt, Paragraph 1–7 der Verordnung ins Reglement zu übernehmen. Bei den Einsatzkosten und den Entgelten hingegen wird die Übernahme ins Vergütungsreglement befürwortet. Auch mit der Erhöhung des Maximalbetrags der Ersatzabgabe auf 1000 Franken kann sich die Partei anfreunden. Dabei ist aber wichtig, dass der Mittelstand nicht über Gebühr belastet wird. Eine Kommissionsberatung erübrigt sich.

Thomas Hafner, CVP/GLP: Das Feuerwehrreglement muss dem neuen Feuerwehrgesetz des Kantons angepasst werden. Für die Feuerwehr ist bis heute vieles im alten Reglement von 1983 klar definiert. Alles Wissenswerte ist in einem kompletten Dossier ersichtlich. Mit der heutigen Vorlage des GR wäre dies nicht mehr der Fall. Die CVP/GLP-Fraktion wünscht sich, dass folgende Paragraphen im Reglement festgelegt werden:

Vom alten Reglement: § 37, Sold / § 38, Entschädigungen

§ 22, Ausbildung, Übungsbetrieb. Davon sieht man im heutigen Reglement nichts.

Die nicht mehr reglementierte Vergütung sowie eine Mindestausbildung wäre nicht mehr durch den ER kontrollierbar.

Im Fall von wiederkehrenden Sparmassnahmen könnten der GR und die Verwaltung willkürlich obengenannte ehemalige Paragraphen in einer Verordnung jederzeit ändern oder reduzieren, ohne dass der ER Einfluss darauf hat.

Die CVP/GLP-Fraktion kann nicht ganz nachvollziehen, wie diese Vorlage zustande kam. Ein Musterreglement des Kantons wurde abgegeben, gleichzeitig gibt es eine Vorlage zum neuen Feuerwehrreglement, die das alte Reglement nur zum Teil ersetzt – genau betrachtet in den wenigsten Punkten. Zum neuen Reglement liefert der GR eine Synopse, die zuwenig klar aufgeteilt und strukturiert ist. Es fehlt eine klare Aufteilung innerhalb der Synopse z.B. in „Neues Feuerwehrreglement“, „Neue Feuerwehrverordnung“ (wann diese überhaupt kommen soll), „Neuer Vorschlag für die revidierten Vergütungsreglemente“. Bei den Dingen, die nicht mehr gebraucht werden, wird auf das kantonale Feuerwehrgesetz oder -reglement verwiesen.

Eine neue Feuerwehrverordnung liegt heute nicht als ausgearbeiteter Vorschlag vor, so wie es beim Fondsreglement Erneuerbare Energien gemacht wurde. Hat der GR überhaupt eine Verordnung geplant? Es wäre für das Verständnis und das Vertrauen einfacher gewesen. Es entstand der Eindruck, dass alles, was nicht ins neue Reglement übernommen wird, in der Synopse gelb angestrichen ist und dies eine Verordnung sein könnte, die zur Kenntnis genommen werden soll. Damit ist Th. Hafners Fraktion nicht einverstanden.

Es gibt ein altes Reglement, in dem die Vergütung an die Feuerwehr aufgeführt ist (wie alle Vergütungen in einem Reglement, dem der ER zustimmen muss). Jetzt wird ein neues Reglement rückwirkend eingesetzt und somit das alte Reglement ausser Kraft gesetzt. Die Vergütung wird als Übergangslösung in eine Verordnung ausgelagert, bis das neue Vergütungsreglement ausgearbeitet ist. Die CVP/GLP möchte die Vergütung nicht in eine Verordnung verschieben – auch nicht vorübergehend. Sie ist der Meinung, dass die Vergütungen in das neue Feuerwehrreglement übernommen werden müssen; zumindest bis zum Zeitpunkt an dem der GR das neue Vergütungsreglement vorlegt. Die Fraktion stellt folgende Anträge:

- Rückweisung des alten Reglements an den Gemeinderat mit dem Auftrag, dem Einwohnerrat einen vollwertigen Ersatz für das alte Reglement zu liefern
- Die Vergütungen in einem Reglement oder sämtliche Vergütungen telquel ins neue Reglement übernehmen, oder zu einem späteren Zeitpunkt (wenn das Vergütungsreglement vorliegt), das Feuerwehrreglement nochmals anpassen

Nach Rückfrage von *Rahel Bänziger* stellt die CVP/GLP vorerst nur den Antrag auf Rückweisung.

Manuel Mohler: Die FDP unterstützt die Stossrichtung der Vorlage und begrüsst insbesondere die Regelung der Vergütungen im Vergütungsreglement. Um den Bedenken der Direktbetroffenen Rechnung zu tragen wird die Fraktion in der Detailberatung eine Anpassung der Übergangsbestimmungen beantragen. Zudem sieht die FDP keinen Anlass, den Maximalbetrag der Feuerwehropflichtabgabe von 400 auf 1000 Franken zu erhöhen. Sie wird die Beibehaltung von CHF 400 beantragen.

Urs Weber: Die SVP ist auch nicht mit allen Punkten einverstanden und sie kann sich der Forderung des Vorredners anschliessen, die Vergütungen im Vergütungsreglement festzuhalten.

Simone Abt: Die SP ist, was Verordnungen anbelangt, nicht ganz so bange. Offensichtlich ist die Furcht vor Verordnungen nicht nur im Parlament, sondern auch bei den Betroffenen tief verwurzelt. Damit es hier keine Unsicherheiten geben kann, würde die SP einen Antrag, der sicherstellt, dass über die ganze Zeit der Sold auf Niveau eines Reglements festgelegt ist, unterstützen.

ABSTIMMUNG CVP/GLP: Rückweisung des Reglements an den GR, mit dem Auftrag, einen vollwertigen Ersatz für das alte Reglement zu liefern, mit den Vergütungen in einem Reglement
Abgelehnt

DETAILBERATUNG

§ 9 Ausführungsbestimmungen

Antrag *Grüne/EVP*: Die §§ 1 bis 7 aus der vorgesehenen Feuerwehrverordnung sollen unter § 9 Ausführungsbestimmungen neu im Reglement geregelt werden

Stefan Kaiser, FDP, plädiert dafür, dem Gemeinderat Flexibilität zuzugestehen und, was nicht starr geregelt werden muss und sich im Verlauf der Zeit verändern kann, einfach in der Verordnung zu regeln.

Auch *Simone Abt, SP*, legt dem Rat nahe, dem GR die Sachen, die er machen kann, zu lassen. Das ist nicht gefährlich, denn es ist immer ein Rechtsmittel gegen alles, was in der Verordnung steht, vorhanden.

den. Der ER sollte sich nicht mit jedem erdenklichen Detail belasten. S. Abt, denkt, dass es beim GR gut platziert ist. Bei Problemen gibt es Rechtsmittel, die wirken.

ABSTIMMUNG Antrag Grüne/EVP: Die § 1 bis 7 aus der vorgesehenen Feuerwehrverordnung sollen unter § 9 Ausführungsbestimmungen neu im Reglement geregelt werden
Abgelehnt

§ 10 Sold, Funktionsvergütung

Thomas Hafner, CVP/GLP: Hier möchte die Fraktion, dass die §§ 37 und 38 des alten Reglements wie in der Synopse aufgeführt, tel quel übernommen werden. Die Sache soll genauer definiert werden.

ABSTIMMUNG Antrag CVP/GLP: Die Paragraphen 37 und 38 des alten Reglements werden in das neue Reglement übernommen
Abgelehnt

§ 11 Feuerwehropflichersatzabgabe

Manuel Mohler: Die FDP beantragt, dass der Maximalbetrag bei 400 Franken belassen wird. Die Begründung, dass andere Gemeinden auch einen Maximalbetrag von CHF 1000 verlangen, ist nach Meinung der Fraktion nicht ausreichend, selbst wenn man dieser Abgabe einen gewissen Lenkungscharakter beimessen würde. Die Feuerwehr hat offensichtlich keine Nachwuchsprobleme.

ABSTIMMUNG Antrag FDP: Neu heisst es: „Die Ersatzabgabe beträgt im Einzelfall mindestens 40 Franken und höchstens 400 Franken pro Jahr.“
Angenommen

Schlussbestimmungen

Manuel Mohler: Die FDP beantragt entweder einen neuen § 17 oder § 16bis mit folgendem Wortlaut: „Die Höhe von Sold und Funktionsvergütungen bleibt bis zur Revision des Vergütungsreglements unverändert.“

ABSTIMMUNG Antrag FDP
Angenommen

ABSTIMMUNG Auf eine 2. Lesung wird verzichtet
Angenommen

SCHLUSSABSTIMMUNG
Angenommen

BESCHLUSS

-
- ://: 1. Das kommunale Feuerwehrreglement wird beschlossen.
2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, das Reglement nach der Genehmigung durch die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft rückwirkend per 1.1.2014 in Kraft zu setzen.
3. Auf eine 2. Lesung wird verzichtet.
-

Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 1,195 Mio. für Strassenkorrekturen im Gebiet Dorenbach

Daniel Zimmermann, FDP: Die Beratung des Geschäfts konnte noch vor den Sommerferien abgeschlossen werden. Der BPK-Präsident verzichtet bewusst auf das Vorlesen der verfassten Schwerpunktthemen. Ein paar persönliche Bemerkungen zu diesem Bauvorhaben: Die geplanten Strassenkorrekturen im Gebiet Dorenbach in Zusammenhang mit der Grossüberbauung Stamm-Areal sind zur Aufwertung des Quartiers zwingend nötig. Die notwendige Verkehrssicherheit, die das Gebiet mit dieser Überbauung braucht, ist möglichst rasch zu realisieren. Der Hochwasserschutz ist schon lange ein Anliegen der Betroffenen und kann nun sinnvoll umgesetzt werden. Die Kosten sind hoch, doch für diese vielen baulichen Massnahmen sind sie absolut im Rahmen. Schliesslich wird nicht nur ein Trottoir gebaut.

Dass die Planung jetzt gestartet und mit allen koordiniert wird, ist sinnvoll und der gewählte Zeitpunkt ist aus Sicht von Baufachleuten nötig. Die Bau- und Planungskommission schlägt dem Einwohnerrat mehrheitlich die Genehmigung dieser Investitionsvorlage vor und erachtet das vorgestellte Projekt in der vorgestellten Art und Qualität als überzeugend. Die vielen Rahmenbedingungen werden mit einem kostengünstigen Kompromiss gut erfüllt.

Der BPK-Präsident dankt den Kommissionsmitgliedern, dem Gemeinderat und der Verwaltung für die sehr konstruktiven Diskussionen.

EINTRETEN

Pascal Treuthardt: Die FDP dankt der Kommission für ihre Arbeit. Die Fraktion ist grossmehrheitlich für Rückweisung und eine Reduktion auf das Nötigste bei diesem Projekt. Wenn man bedenkt, in welcher finanziellen Lage sich die Gemeinde befindet, ist anzunehmen, dass es für die Bürger/innen schwierig nachzuvollziehen ist, warum eine Million für ein derartiges „Trottoirchen“ ausgegeben werden muss. Der Redner räumt zwar ein, dass der Vorschlag nicht überteuert ist, doch ist der Zeitpunkt dafür nicht der richtige. Die FDP ist der Meinung, dass es nicht so dringend ist, dass die Firma Stamm ihre Wohnungen möglichst schnell mit einem frischen Trottoir verkaufen kann. Das hat genauso lange Zeit, wie sich der Kanton Zeit nehmen wird, um den Dorenbach hochwasserfest zu machen. Und wenn schon etwas am Dorenbach getan und so viel Geld für eine Strasse ausgegeben wird, soll es bitte richtig gemacht werden und eine langfristige Lösung sein – zumindest für die Überfahrten nach Basel-Stadt, auch wenn das vielleicht nie umsetzbar ist, weil dann ins Eigentum der Städter eingegriffen werden müsste. Im grossen Ganzen findet die FDP-Fraktion die Pläne für die Bündtenmatt und den Holeerain nicht so ablehnenswert wie diejenigen im Dorenbach. Sie kann sich auch vorstellen, das Ganze zu trennen und das eine umzusetzen und das andere zu verschieben.

Anne Platten, parteilos: Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der BPK. Das Geschäft bringt verschiedene Verbesserungen für die Lebensqualität im Quartier. Einerseits durch die Platzsituation beim Holeeschloss/Suterhaus, durch den neuen Spielplatz und schliesslich durch die Revitalisierung und den Hochwasserschutz des Dorenbachs.

Es ist eine ausgewogene Vorlage. Das Trottoir kostet sicher viel Geld, doch es bringt Sicherheit. Momentan fehlen Teilstücke des Trottoirs.

Schwierigkeiten sind beim Einhalten des Terminplans beim Dorenbach möglich.

CVP/GLP: Thomas Hafner erstaunen die Ausführungen der FDP. Die CVP/GLP-Fraktion folgt beiden Anträgen der BPK, stimmt der Investition zu und empfiehlt auch den restlichen Einwohnerrat/innen, zuzustimmen. Thomas Hafner war der Meinung, dass die Kommission einstimmig für die Vorlage war. Umso

mehr erstaunt ihn, dass die FDP-Fraktion nun das Ganze zurückweisen möchte. Er bittet darum, den Empfehlungen der BPK zu folgen.

Beatrice Büschlen: Die Grüne/EVP dankt der BPK für die ausführliche und breite Würdigung der Investitionsausgabe. Die Fraktion hätte sich mehr unbebautes Land, also mehr Renaturierungsfläche und weniger Strasse gewünscht. Sie ist der Meinung, dass breitere Strassen nicht mehr Sicherheit bringen für den Langsamverkehr. Es sind Quartierstrassen und man darf erwarten, dass die Benutzer entsprechend aufeinander Rücksicht nehmen.

Das Projekt insgesamt mit der gleichzeitigen Renaturierung hat die Grüne/EVP überzeugt. Durch die effiziente Planung können Kosten, Zeit und Ressourcen gespart werden. Die Spielplatzsituation sowie das Verkehrsaufkommen wird die Partei allerdings im Auge behalten und gegebenenfalls intervenieren.

Zum Rückweisungsantrag der FDP:

Trottoir: Die Gemeinde erhält ein Stück Trottoir gratis, bzw. finanziert, was im Bericht der BPK und der Vorlage nachgelesen werden kann.

Langfristigkeit: Wenn mit der Renaturierung gewartet würde, bis die Häuser abgerissen oder die Brücklein entfernt werden, dauert es mehrere Jahrzehnte, weil die Basler Grundbesitzer das nicht machen würden.

Trennung der beiden Projekte: Davon rät B. Büschlen ab. Man verliert Synergien, weil der Kanton Basel und die Stadt Basel einen Teil an die Renaturierung finanzieren.

Die Grüne/EVP stimmt den Anträgen der BPK zu und lehnt den Rückweisungsantrag der FDP ab.

Urs Brunner: Die SVP-Fraktion dankt allen Beteiligten für die Arbeit. Sie stimmt beiden Anträgen zu.

Stefan Glaser: Die Parteilosen sind der Ansicht, dass der finanzielle Teil der Gemeinde Binningen zurück gestellt werden soll, bis die Finanzen im Griff sind. Auch bei den letzten Niederschlägen gab es keine Hochwassersituation und die Revitalisierung ist „nice to have“. Die Parteilosen unterstützen die Rückweisung des Geschäfts.

Gemeinderat Urs-Peter Moos dankt für die im Grundsatz gute Aufnahme des Geschäfts. Weiter bedankt er sich bei der Kommission, von der die Verwaltung vor allem am „Vor-Ort-Termin“ etliche wertvolle Hinweise bekam.

Den Rückweisungsantrag der FDP findet er erstaunlich. Das Gemeindewesen hat vor allem auch Verpflichtungen. Es werden ca. 100 Wohnungen erstellt, wovon die meisten einen gehobenen Standard haben. Das bringt entsprechende Steuereinnahmen für Binningen. U.-P. Moos stösst sich an der Äusserung, dass die Stamm AG die Wohnungen durch die erneuerten Strassen besser verkaufen kann, vor allem in Anbetracht des heutigen Strassenzustands. Der Gemeinderat empfindet diese Aussage als abfällig einem Investor gegenüber, mit dem die Gemeinde eine ausgewogene Lösung gefunden hat.

Zu den Übergängen zu Basel-Stadt: Die Situation ist die, dass die Leute eine Besitzstandsgarantie haben. Rechtlich lässt sich da gar nichts machen und wer verzichtet schon freiwillig auf seine Garagenzufahrt, wenn er gegenüber dem Dorenbach eine Garage stehen hat.

Die Renaturierung ist in erster Linie ein Hochwasserschutzprojekt und sie ergibt sich eigentlich aus diesem Hochwasserschutz. Der Gemeinderat wäre dankbar, wenn der Einwohnerrat das Geld sprechen würde.

ABSTIMMUNG Rückweisungsantrag FDP
Abgelehnt.

ABSTIMMUNG Anträge der Bau- und Planungskommission

Angenommen.

BESCHLUSS

- ://: 1. Die Investitionsausgabe von CHF 1,195 Mio. für die Strassenkorrekturen im Gebiet Dorenbach wird genehmigt.
2. Die beiden Beilagen (bereinigter Terminplan und korrigierte Kostenschätzung) als integrierende Dokumente zur Vorlage Nr. 108 werden genehmigt.
-

Traktandum 7

Nr. 109

Bewilligung eines Nachtragskredits von CHF 0,27 Mio. für das Globalbudget Produktgruppe 8 Verkehr, Strassen

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 29.9.2014 traktandiert.

Traktandum 8

Nr. 115

Rückständebericht 2014

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 29.9.2014 traktandiert.

Traktandum 9

Nr. 101

Motion GRPK: Abschaffung WoV

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 29.9.2014 traktandiert.

Traktandum 10

Nr. 97

Postulat S. Inäbnit, FDP: Einsitznahme von Exekutivmitgliedern und Verwaltungsangehörigen in Institutionen

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 29.9.2014 traktandiert.

Traktandum 11

Nr. 99

Interpellation D. Zimmermann, FDP: Senkung der TV-Empfangsgebühren Kabelnetz InterGGA Binningen

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 29.9.2014 traktandiert.

Traktandum 12

Nr. 102

Postulat R. Bänziger: Urban Farming in Binningen

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 29.9.2014 traktandiert.

Postulat M. Rehmann/G. Löhr, Grüne/EVP/SP: Fortsetzung des Unterrichtsangebots an der Musikschule nach Abschluss der Sekundarstufe II

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 29.9.2014 traktandiert.

Traktandum 14

Postulat FDP: Schwachstellenanalyse (Einbruch- und Gewaltdelikte)

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 29.9.2014 traktandiert.

Präsidentin Rahel Bänziger schliesst die Sitzung um 22.10 Uhr.

Die nächste Sitzung findet statt am Montag, 29. September 2014, 19.00 Uhr.